

14 Thesen zum Thema „Vergleiche zwischen den Wirtschaftskrisen ab 1929 und ab 1973/74“

Als Literatur wird empfohlen: Klaus Fritzsche, Politische Romantik und Gegenrevolution, ed. suhrkamp, Band 778 (S. 13-30) Huffschmid-Schui, Gesellschaft im Konkurs, Pahl-Rugenstein-Verlag (kleine Bibliothek)

1. Vergleiche zwischen den internationalen, den gesamten Bereich der kapitalistischen Produktionsverhältnisse erfassenden Krisen nach dem ersten und nach dem zweiten Weltkrieg sind sowohl zur Analyse der sozioökonomischen und politischen Struktur der Welt des monopolistisch bestimmten Kapitalismus als auch zur Bestimmung der Reaktionsmöglichkeiten der Arbeiterbewegung erforderlich, aber nur nützlich, wenn man erstens beide Krisenbewegungen in ihren jeweiligen historischen Zusammenhang; stellt und zweitens die jeweiligen gemeinsamen, aber auch die verschiedenen Momente beider Krisen getrennt überprüft.
2. Die Weltwirtschaftskrise seit 1929/30 beendete die Expansions- und Rationalisierungswelle, die der Erschütterung des internationalen Systems kapitalistischer (bereits durch Monopole und deren Verflechtung mit der Staatsmacht imperialistischer Großmächte gesteuerter) Reproduktion durch den ersten Weltkrieg und deren anschließende Bedrohung durch proletarisch-revolutionäre Bewegungen in den industrialisierten Staaten und der Bedrohung durch antiimperialistische Reaktionen in den kolonial (oder halbkolonial) beherrschten Gebieten gefolgt war.
3. Diese Erschütterungen waren in den hochindustriellen Staaten im wesentlichen durch die deutsche Entscheidung 1923, im Bereich der kolonial bzw. neokolonial beherrschten Gebiete durch die Niederlage der indonesischen Arbeiterbewegung 1924/25 und durch die Niederlagen der chinesischen Arbeiterbewegung 1927 abgeschlossen. Zwar war durch den Sieg der russischen Oktober-Revolution 1917, den Ausgang der Bürgerkriege und Interventionskriege und durch die Stabilisierung der Sowjet-Union ein Bereich aus dem Gefüge des internationalen kapitalistischen Weltmarkts (mit allen seinen wegen der Widersprüche der kapitalistischen Staaten untereinander im Zeitalter des Imperialismus fortbestehenden inneren Schranken) ausgeschieden, aber im übrigen war eine neue Periode erweiterter kapitalistischer Reproduktion eingeleitet worden, die sich mit der Kulmination in der internationalen Konjunkturperiode Mitte der zwanziger Jahre durchsetzen konnte. Vorher bereits eingeleitete Tendenzen zur Verstärkung der Machtpositionen monopolisierter Gruppierungen gegenüber noch nicht monopolistisch beherrschter Teile der Industrie, der Verstärkung des Aufschwungs relativ neuer Teile der Produktion (der chemischen und elektrotechnischen Produktion gegenüber Bergbau und Eisen- und Stahlerzeugung etc.) und der „Rationalisierung“ (- beginnender Automatisierung) zahlreicher Produktionszweige behalten stetig stärkeres Gewicht. Die Bedeutung der administrativen und der Dienstleistungssektoren der Ökonomie wächst erheblich (also auch die Zahl der abhängig Arbeitenden in diesen Wirtschaftszweigen, der Angestellten).

Dabei entsteht – trotz aller interimperialistischen Machtverschiebungen (z.B. Reparationsproblem), die erhebliche nationale Verschiebungen in den Entwicklungsstadien zu dieser relativ einheitlichen Weltkonjunktur bewirkt haben gleichwohl eine relativ einheitliche Ideologisierung dieser Konjunktur. Mit dieser Ideologisierung wächst auch im reformistischen Flügel der Arbeiterbewegung, der nach der innenpolitischen Entscheidung im Deutschen Reich 1923/24 in allen hochindustriellen europäischen Ländern wieder zur Mehrheitsrichtung in der Arbeiterbewegung wird, die Überzeugung, daß in dem zum damaligen Stand entwickelten System monopolkapitalistischer Beherrschung des Produktionsprozesses das Problem schwerer ökonomischer Krisen sich aufgehoben habe und (auch deshalb) die Gefahr des erneuten gewaltsamen Zusammenstoßes der imperialistischen Mächte untereinander wahrscheinlich verschwinde. Doch ist diese (ihren potentiell immanenten Gefahren nach „sozialpartnerische“) Illusion noch nicht dahin entwickelt, daß das Bewußtsein der Klassengegensätze und des Erfordernisses der Umwandlung der kapitalistischen Produktionsweise in eine demokratisch planende sozialistische Produktionsweise bei der Majorität der industriellen Arbeiter völlig verschwunden wäre, die z.B. in Deutschland erst langsam die Wiederherstellung ihres Lebenshaltungsniveaus vor dem imperialistischen Krieg erkämpfen können.

4. Die Problematik der Unvermeidlichkeit des Umschlags dieser Konjunktur in eine neue internationale Krisenperiode wurde nur von der internationalen marxistischen Forschung (insbesondere durch Eugen Varga) prognostiziert und vom revolutionären Minderheitsflügel der Arbeiterbewegung verstanden. Obwohl selbst in der Periode der (1925/1926 durch eine kurze Rezession unterbrochenen) konjunkturellen Stabilisierung z.B. im Deutschen Reich die Arbeitslosenquote nur zweimal unter 5%,

sonst stets höher liegt (April bis Oktober 1924 und Juli bis Oktober 1927), ist die Majorität der Beschäftigten von der Permanenz des Aufschwungs überzeugt, die auch mit ganz wenigen Ausnahmen – von den Wirtschaftstheoretikern des Kapitals für selbstverständlich gehalten wird.

5. Durch ungenügende Ausnutzung des fixen Kapitals, durch zu hohen Anteil des Leihkapitals am Profit (der in der Phase der Rationalisierungs-Investitionen entstanden war), durch Mangel an Einkommen aus Kapitalanlagen im Ausland und an monopolistisch gesicherten Absatzmärkten, aber auch durch die Widersprüche der Reparationsbelastungen des deutschen Kapitals kennzeichnen seit Ende 1928 und 1929 die Wendung zur Krise. Sie führt zu einem zwar international nachweisbaren, aber graduell national sehr ungleichmäßigen Umschwung.

Am stärksten von der Krise betroffen werden die USA, die seit 1924 sich zur machtpolitisch wie ökonomisch stärksten Macht aufgerückt waren, und das Deutsche Reich, das im stärksten Maße zum Anlagebereich amerikanischen Kapitals (zusätzlich in starkem Maße in Form kurzfristiger Leihkapitalien) geworden war. Frankreich und England sind zunächst in erheblich schwächerem Maße krisenbetroffen. Die Inlandsinvestitionen sinken 1928 in Deutschland um eine Milliarde, 1929 schon um 3,6 Milliarden RM. Die deutsche Entwicklung wurde erstens durch die (durch den Rückfluß kurzfristigen Leihkapitals der USA nach dort als Folge des amerikanischen „Börsenkraches“ verschärfte) Finanz- und Bankenkrise auf der einen, durch die rasche Exportminderung (auch wegen der verschärften amerikanischen Konkurrenz) auf der anderen Seite rasch extrem verschärft.

6. Von hier aus wird verständlich, daß der Anteil des Deutschen Reiches an der Weltproduktion von 1928 bis 1932 von 116 auf 8,9% sinkt (wie übrigens auch der der USA von 43% auf 32%), wobei insgesamt diese Weltproduktion erheblich zurückfällt. Das Deutsche Reich wird zum schwächsten Glied in der Reihe hochkapitalistischer Zentren. Die Arbeitslosenzahl steigt rasch (bis zur höchsten Arbeitslosenquote 1932, 44,4%) und ebenso die Kurzarbeiterzahlen. Die Aufwärtsbewegung des Lohnniveaus, die auf dem Höhepunkt der Konjunkturbewegung wieder die Höhe aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg (aber bei zahlreichen sozialpolitischen Verbesserungen) erreicht hatte, schlägt in rasche Reduktion des Lohnniveaus um, die (relative) soziale Sicherung der Arbeitslosen zerfällt: waren im Januar 1929 noch 80% der Arbeitslosen im Genuß der Arbeitslosenversicherung, so sind es im Januar 1932 nur noch 32%, und das bei erheblich reduzierten Versicherungssätzen und erheblich reduzierter Versicherungsdauer.

7. Da das Kapital nun bald überzeugt ist, den Ausweg aus der Krise nur auf Kosten der abhängig Arbeitenden und durch politisch-militärischen Druck auf seine imperialistischen Konkurrenten durch Erweiterung seines Weltmarktanteils bewirken zu können, läuft der Krise die rasche Liquidation der demokratisch-rechtsstaatlichen Positionen zugunsten kombinierter obrigkeitstaatlich-monopolistischer Diktatur parallel, die bereits unter dem Kabinett Hermann Müller einsetzen, um dann rasch zur offenen Präsidialdiktatur (in ihren verschiedenen Graden) überzuleiten. Eine kombinierte Abwehraktion der beiden Flügel der Arbeiterbewegung (deren revolutionärer Teil sich bald in eine Arbeitslosenpartei transformiert) kommt nicht zustande. Infolgedessen laufen die abhängig arbeitenden Schichten ohne traditionelles Klassenbewußtsein, also die Angestellten und Beamten, relativ rasch (deutlich seit Ende 1929) zur faschistischen Partei über.

Sie werden somit zur Machtbasis der Transformation der obrigkeitstaatlich-präsidialen in die faschistische Form der monopolkapitalistischen Diktatur, die den Weg zu Rüstungskonjunktur und Krieg beschreiten kann.

8. Die Wendung zur ersten international gleichmäßigen Krise nach dem zweiten Weltkrieg, in der wir seit 1973/74 stehen, beruht zwar auf ähnlichen Grundursachen wie diejenige von 1929.

Auch hier war eine gewaltige – sogar wesentlich größere – Expansion der Produktion und Reproduktion bei (ebenfalls wesentlich stärkeren) Transformationen des technischen Apparates durch Automation und Erschließung neuer Energiequellen vorausgegangen, als sie nach dem ersten Weltkrieg durch die Rationalisierungswelle erfolgt war. Unter Beibehaltung monopolkapitalistischer Produktionsbedingungen war es deshalb nur eine Frage des Zeitablaufs, bis der Umschlag eintrat.

9. Aber die Zuspitzung der Krisenbedingungen in den einzelnen monopolkapitalistischen Volkswirtschaftssystemen ist diesmal in der Bundesrepublik am relativ schwächsten. Sie ist – mindestens in Europa – nicht das schwächste, sondern das stärkste Glied der Kette, weil sie (wiederum unter den europäischen kapitalistischen Systemen) das Land mit dem höchsten Verbesserungsgrad eines technischen Apparates mit dem geringsten Anteil an kurzfristiger Trendfinanzierung ist.
10. Das drückt sich auch darin aus, daß selbst in der Stagnationsphase der Krisenperiode, in der wir gegenwärtig stehen, die Arbeitslosenquote (allerdings hier nach einer langen Periode der

Vollbeschäftigung) noch unter der Quote liegt, die zwischen beiden Weltkriegen als Optimum in der Konjunkturperiode erreicht war.

Die Bundesrepublik kann dabei ihre Schwierigkeiten z.T. auf andere kapitalistisch organisierte Länder verlagern, aus denen sie in der Konjunkturperiode Arbeitskräfte angesogen hatte. Sie ist zur zweitstärksten Macht des kapitalistischen Weltsystems sowohl ökonomisch wie politisch-militärisch aufgestiegen.

11. Gleichwohl muß das Kapital in der Krise weiter dahin tendieren, sie zur Reduktion der ökonomisch-sozialen und also auch der rechtsstaatlich-demokratischen Positionen der abhängig Arbeitenden auszunutzen – mit allen Folgen, die das auch für das politische System der Bundesrepublik hat.
12. Allerdings ist dabei die Aktionsmöglichkeit ihrer herrschenden Klassen (mit dem möglichen Ziel der physisch-militärischen Gewaltsamkeit) durch die völlige Veränderung der weltpolitischen Lage durch den Ökonomischen und machtmäßigen Aufstieg eines Systems sozialistischer Staaten erheblich begrenzt, ebenso durch den (durch Rückschläge begrenzten) Aufstieg einer Anzahl von „blockfreien“ Entwicklungsländern, die dahin tendieren, sich dem unmittelbaren Diktat der kapitalistischen Staaten zu entziehen. Die unmittelbare Vorbereitung des Ausweges aus der Krise durch den Krieg ist also für eine relativ rational agierende herrschende Klasse kein möglicher Ausweg mehr. Damit ist die Wahrscheinlichkeit der kompromißhaften Durchsetzung der Transformation in eine sozialistische Gesellschaft, die allein dauerhafte Krisenfreiheit (und also Umsetzung des Grundproblems, der objektiven Reduktion der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit in reale Lösungen zugunsten der Massen) garantieren kann, ohne die Notwendigkeit physischer Gewaltanwendung der Chance nach erheblich gewachsen.
13. Sie ist aber – wie 1929 – nur denkbar, wenn es gelingt, in der abhängig arbeitenden Klasse wieder Klassenbewußtsein und Kampfbereitschaft einerseits zur Verteidigung ihres Lebensstandards, andererseits zu planender Kontrolle“ des ökonomisch-sozialen Prozesses und zum Schutz ihrer rechtsstaatlich-demokratischen Möglichkeiten zu erzeugen.
14. Es gilt aber in dieser Krise eine zunächst defensive Verteidigung der gegenwärtigen Positionen sicherzustellen, um von dort aus zur sozialistischen Umstrukturierung der Wirtschaftsgesellschaft überzuleiten. Würde das nicht gelingen, so könnte die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise zu ähnlich katastrophalen Entwicklungen überleiten, wie sie die vorige bewirkt hat.

14 Thesen zum Thema „Vergleiche zwischen den Wirtschaftskrisen ab 1929 und ab 1973/74“, [vermutlich 1976 auf einem von Prof. Klaus Fritzsche/Gießen veranstalteten Seminar, befindet sich im IISG Amsterdam sowie im Privatarchive von U. Schöler] 4 S.